

Zeitschrift: Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 59 (1980)
Heft: 11

Artikel: Zürcher Krawalle : wie weiter?
Autor: Winkler, Rudolf
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-347747>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 02.02.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Zürcher Krawalle – wie weiter?

Über den Ausschreitungen und Unruhen in einzelnen Städten, vor allem in Zürich, sind die Köpfe heissgelaufen – auch und vor allem innerhalb der Sozialdemokraten. Darüber hat sich Rudolf Winkler ein paar Gedanken gemacht.

Zürcher Unruhen – was tun?

Im Zusammenhang mit den Unruhen in diesem Sommer wird oft darauf hingewiesen, dass ja nur eine verschwindend kleine Zahl von Jugendlichen unzufrieden sei und auf die Strasse gehe. Aber erstens war einige Male die Zahl gar nicht so klein, und zweitens ist es überhaupt nicht entscheidend, wie gross die Zahl derer ist, die ein Problem aufgreifen. Als Massstab für die Bedeutung, die einem Anliegen zukommt, müssen die Reaktionen und der Widerhall herangezogen werden, und hier gibt es nun wirklich keine Interpretationsschwierigkeiten. Die Breite und Tiefe der Emotionen, die durch diese Unruhen hervorgerufen wurden, lassen die Frage als müssig erscheinen, ob hier etwas von Bedeutung oder ein ausgesprochenes Randgruppenproblem an die Oberfläche kam.

Wo liegt denn die Bedeutung? Seit Beginn der Ereignisse wird darüber diskutiert, geschrieben und gestritten. Und irgendwie fällt auf die Versu-

che, die Ursachen und Gründe in Worte zu fassen etwas von der Wortlosigkeit zurück, die auch der Bewegung eigen ist, wenn sie ihre Probleme formulieren sollte.

Keine Statistiken über verlorene Talente

Es ist in der Tat nicht leicht. Es gibt keine Statistik über schleichendes Unbehagen, sehr wohl aber eine solche über die Anzahl Autos, Stereoanlagen und Kühlschränke pro Kopf. Es gibt keine Zahlen über den mangelnden Bewegungsraum in den Städten und das Ausmass an Schelte für lebhaftere Kinder. Aber es gibt sehr wohl Zahlen über den Wohnraum pro Kopf der Bevölkerung. Es gibt kein Verzeichnis über die Unerfülltheit, über Enttäuschung und verlorengegangene Talente am Arbeitsplatz, aber sehr wohl Zahlen über zunehmende Investitionen. Wie sollen in unserer zahlengläubigen Zeit wachsendes Unbehagen und Ohnmachtsgefühle nachgewiesen werden?

Dennoch besteht in den meisten Diskussionen eine gewisse Übereinstimmung, dass Unbehagen und das Gefühl der Ohnmacht bei den Unruhen eine wichtige Rolle spielen und auch in der Gesamtbevölkerung im Steigen begriffen sind. Woher kommen sie? Die Art, wie heute ein

grosser Teil der Menschen die Arbeit erlebt, dürfte – neben andern Faktoren – ein ganz wesentlicher Grund sein.

Warum dann gerade die Jungen ihre Wut auch ausdrücken, ist nicht nur auf ihre grössere Spontaneität und die Tatsache, dass sie noch weniger zu verlieren haben, zurückzuführen, sondern sicher auch auf die Art, wie viele von ihnen die ersten Jahre in der Arbeitswelt erleben.

Wo die Älteren keinen Ausweg sehen...

Grundsätzlich ist es mit der Arbeitswelt wie mit vielen andern Lebensbereichen auch. Die Älteren spüren oft eine zunehmende Unzufriedenheit. Anonyme Grossbetriebe, immer grössere Arbeitsteilung, vermehrte Kontrolle und immer weniger Gelegenheit sich in einem bestimmten Bereich frei zu entfalten, und damit Leistung positiv zu erleben, schränkt die Freude an der Arbeit ein. Nur bleibt den allermeisten keine Wahl als trotzdem zu bleiben. Die Alternative erschöpft sich, realistisch gesehen, meist in einem Stellenwechsel, ohne dass sich aber grundsätzlich viel ändert. Wer nicht radikal mit bisherigem Lebensstandard, bisheriger Lebensart und bisherigen Gewohnheiten brechen will, ist ein Gefangener der hochentwickelter, arbeitsteiligen Wirtschaft, deren Strukturen für die meisten undurchschaubar, anonym und kaum zu beeinflussen sind. Zwangsläufig stellt sich ein Gefühl der Ohnmacht und der Resignation ein.

...protestieren die Jungen

Die Träger der Unruhen sind zum grössten Teil junge Menschen. Junge Menschen, die ihre Kinder- und zum Teil auch Jugendjahre in einer Zeit verlebten, in der ihre ganze Umwelt vom Glauben an materielles Wachstum geprägt war.

Für sie sind die Schilderungen der Eltern von materieller Not, von Dreissiger-, Kriegs- und Nachkriegsjahren unerfahrene Vergangenheit. Nicht erlebt, nicht verspürt und schnell vergessen. Was sie jedoch sehr wohl erlebt, verspürt und nicht vergessen haben, sind die Nachteile der materiellen Wachstumseuphorie und die Folgen ihres Zusammenbruchs für das Verhalten der Umwelt. Dies haben sie ganz konkret erfahren. Es ist sicher kein Zufall, dass heute nicht vor allem die Studenten demonstrieren, sondern in erster Linie ehemalige schwächere und durchschnittliche Schüler. Sie spürten schon früh den Druck der verängstigten Eltern, die schon für den Zehnjährigen, der nicht so gute Noten heimbrachte, um eine Lehrstelle bangten. Sie erhielten bereits als Realschüler etwas vom Hauch des Versagers zu spüren – ganz zu schweigen von Sonderklassen- und Oberschüler – und sie wurden besonders früh zur Berufswahl gedrängt, und mussten dennoch oft eine Lehrstelle antreten, die sie gar nicht wollten, ganz einfach darum, weil die Noten für den Wunschberuf nicht ganz reichten oder keine Lehrstelle in diesem mehr frei war. Oft bekommt so der jun-

ge Mensch schon beim ersten Kontakt mit der Arbeitswelt den Eindruck, gegen Zwänge und vorgegebene Strukturen machtlos zu sein. Während der Lehre, die fachlich oft recht viel bietet, erhält der Lehrling kaum Einblick in die sozialen und organisatorischen Mechanismen eines Unternehmens und schon gar nicht in die Art, wie Entscheidungen zustande kommen, von Mitbestimmung gar nicht zu reden. Er ist höchstens Leidtragender der die Hierarchie hinunterkumulierten Frustrationen. Apathie, Resignation oder eben angestaute Wut sind die nicht so schwer erklärbaren Folgen.

Vorsicht bei neuen Ghettos

Was soll getan werden? Kurzfristig müssen sicher Jugendhäuser zur Verfügung gestellt werden. Die Lage ist nun einmal so, dass hier und jetzt Orte zur Verfügung gestellt werden müssen, wo die Jungen ihre eigenen Vorstellungen erproben und Erfahrungen mit neuen Formen sammeln können. Aber diese Art von Hilfe darf auf keinen Fall mehr als Feuerwehr sein. Der grösste Fehler wäre, den Jugendlichen zu Jugendhäusern und damit ein paar Freiräumen zu verhelfen, und nachdem auch sie fein säuberlich katalogisiert sind – wie zum Beispiel die Alten – wieder zur Tagesordnung überzugehen.

Dies ist die Taktik der intelligenteren unter den bürgerlichen Politikern. Jugendhäuser als Ventil, damit sonst nichts verändert werden muss.

Konsequenzen ziehen

Welche Konsequenzen sollten nun SP und Gewerkschaften aus den Ereignissen ziehen? Vor allem: die Signale aufnehmen, die in weniger spektakulärer Form schon einige Zeit erkennbar sind. Wir müssen auch für jene, politisch eine Antwort finden, die sich nicht vorstellen können, auf die Strasse zu gehen, auch für jene, die heute verständnislos oder empört sind über die Ausschreitungen der Jungen und auch für jene, die längst still und leise ausgestiegen sind. Die Wurzeln vieler Probleme dieser Gruppen sind die gleichen. Für sie glaubwürdig zu werden, ist die Voraussetzung, um ihre Mitarbeit zu gewinnen.

Es gibt nach meiner Ansicht überhaupt keinen Zweifel, dass der Übergang von einer Wachstumsgesellschaft zu einer Gesellschaft, die sich mehr und mehr vom quantitativen Denken zum qualitativen hinfinden muss, nicht ohne Zerreihsproben, Erschütterungen und Enttäuschungen vor sich gehen kann. In einer solchen Zeit ist es wichtiger als je, dass neue Ideen, neue Impulse von der SP und den Gewerkschaften ausgehen – oder wenigstens von ihnen aufgenommen werden. Nur so kann vermieden werden, dass konservative Strömungen und reaktionäre Rezepte Anklang finden, und diese Kreise die durch die Zeitenwende verursachte Unsicherheit für sich missbrauchen.

Drei Forderungen sind in dieser Bewährungsprobe vorrangig an die Politik von SP

und Gewerkschaften zu richten.

1. Mehr Beweglichkeit

Zu sagen alles sei komplizierter und weniger durchschaubar geworden, ist heute eigentlich überflüssig. Aber dies ist ein wichtiger Grund dafür, dass viele Zeitgenossen sich nur noch für ein Problem engagieren, das sie kennen. In diesem Bereich sind sie meist bereit etwas beizutragen, sofern dafür bestimmte Voraussetzungen vorhanden sind. Wir haben aber sowohl in der SP wie in den Gewerkschaften Strukturen, die für ein stärker problemorientiertes Arbeiten nicht sehr günstig sind. Für eine wirkungsvolle, sachgerechte Politik mit Stosskraft müssen die Strukturen den Umständen angepasst werden. Zum Beispiel problemorientierte Sektionen in der SP neben Wohnortssektionen. Beweglichkeit, Flexibilität und dogmatisches Verfolgen der gesteckten Ziele werden immer entscheidender.

2. Mehr Mut

Wenn die traditionelle Arbeiterbewegung in einer Zeit, wo viele Menschen unsicher sind und Angst haben etwas zu verlieren, nicht weiter an Anziehungskraft verlieren will, dann muss sie den Mut haben zu handeln, auch in Situationen, in denen nicht der Erfolg schon zum Voraus feststeht. Mut zu einer solchen Handlung hatte zum Beispiel die SP der Stadt Zürich gezeigt, als sie vermittelnd im Konflikt

zwischen Stadtrat und der Jugendbewegung eingriff. Aber damit sind wir beim dritten Punkt:

3. Toleranz

Es ist völlig ausgeschlossen, eine schlagkräftige Politik zu verfolgen, wenn in einer Bewegung Meinungsverschiedenheiten nicht akzeptiert werden, und wenn in einer Bewegung nicht auf der Basis eines Grundkonsenses eine Vielfalt von Wegen beschrit-

ten und eine Vielzahl von Möglichkeiten erprobt werden können. Niemand hat die alleinige Wahrheit. Aber in entscheidenden Zeiten müssen die Reihen geschlossen werden können. Wenn es nicht gelingt in der Arbeiterbewegung eine ganz andere Qualität von Toleranz und Vertrauen aufzubauen, werden wir in einer äusserst brisanten Zeit dem Gegner das Feld unter ein paar Scheinrückzugsgefechten überlassen.

Hans Schmid:

Die Sanierung der Bundesfinanzen 2. Teil

Im folgenden möchte ich das Konzept des Bundesrates zur Sanierung des Bundesfinanzhaushaltes kurz erläutern und kommentieren. Zwar sind im einzelnen auch andere Gesundungsmassnahmen denkbar. Im Vordergrund der finanzpolitischen Diskussion der jüngsten Vergangenheit und wohl auch der näheren Zukunft stehen jedoch die vom Bundesrat – teilweise im Auftrag des Parlamentes – vorgeschlagenen Vorkehren. Soweit die Ausgabenseite zur Diskussion steht, sind sie von den zuständigen Organen des Bundes bereits beschlossen worden.

I. Korrekturen auf der Ausgabenseite

Der Bundesrat nahm vorerst Ausgabenkürzungen und Einnahmenkorrekturen in eige-

ner Kompetenz gemäss Tabelle 4 vor. Diese Zahlen sind nicht überprüfbar. Die Frage muss offen bleiben, ob die Departemente ihren Finanzbedarf in Erwartung des Verteilungskampfes überhöht angemeldet haben. In diesem Fall würden nur zum Teil echte Ausgabenkürzungen vorliegen.

Die verbleibenden Defizite sollen durch Ausgabenkürzungen im Transferbereich, die Verfassungs- und/oder Gesetzesänderungen voraussetzen, weiter vermindert werden. Aus Tabelle 5 sind die Ausgabenkürzungen ersichtlich, wie sie sich nach dem Abschluss der parlamentarischen Beratungen präsentieren.

Entsprechend den erwähnten starken Zunahmen der Transferzahlungen des Bundes, die derzeit rund 63% der Gesamt-